

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1,00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Land 2,60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 201. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 201. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die halbspaltige Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 259.

Dresden, Mittwoch den 8. November 1916.

27. Jahrg.

## Hughes gewählt!

**N. A. Amsterdam, 8. November.** Das Neutliche Bureau meldet aus New York: Hughes ist gewählt.

Das genaue Stimmenresultat der amerikanischen Präsidentschaftswahlen ist bei der Größe und Abgelegtheit vieler Wahlbezirke erst in den nächsten Tagen zu erwarten. Nach dem vorliegenden Telegramm darf als sicher angenommen werden, daß der republikanische Kandidat Hughes gewählt worden ist. Will man nach der Parteistellung der beiden Kandidaten Hughes und Wilson urteilen, so hätten mit diesem Wahlausgang die Interessen des großen Kapitals in Handel und Industrie über die Kleinbürgerlichen Elemente, die hinter Wilson standen, gesiegt. Aber diese Unterscheidung der beiden Kandidaten nach den hinter ihnen stehenden Interessengruppen befaßt wenig über ihr Programm. Die Kraftprobe zwischen dem republikanischen und dem demokratischen Kandidaten hat zu einer Entscheidung geführt, deren bestimmende Kräfte von Europa aus schwer zu beurteilen und schwer zu umreißen sind, denn wie Ray Beer in seinem gestern von uns veröffentlichten Artikel betont: Hughes und Wilson unterscheiden sich am deutlichsten durch ihren Part. Das Programm, mit dem sie für die Wähler traten, wich in den Punkten, die vor allem das europäische Publikum interessieren, wenig von einander ab. Beide erklärten sich gegen ein Verbot der Munitionsausfuhr, und Hughes nahm in der Frage des U-Bootkrieges dieselbe Stellung ein wie Wilson. Darum auch galten ihre Wahlchancen als gleich.

Wenn die Wahlen sich gegen den Wahlsitz hin für Hughes günstiger stellen als für seinen Gegner, so liegt das daran, daß die Republikaner diesmal im Gegensatz zu 1912 kein Gegenprogramm hatten. Wilsons Hauptgegner von 1912 war Roosevelt. Die Wahlstimmenabgabe belief sich auf 15 036 542 Wähler. Die absolute Majorität betrug mithin 7 518 272. Es erhielten kamals:

Wilson (Demokrat)	6 293 019 Stimmen
Roosevelt (Rep. Progressiv)	4 119 507
Loft (Republikaner)	3 724 966
Debs (Sozialist)	901 878
Präsidenten	287 197

Wie man aus dieser Statistik ersieht, ist es Wilson damals nicht einmal gelungen, die absolute Majorität aller Stimmenabgaben zu erreichen. Daß er Präsident wurde, verdankte er nur der Zweitracht zwischen Roosevelt, dem Kandidaten der progressivistischen Republikaner, und Loft, dem Kandidaten der Republikaner. Wären diese beiden Gegner damals einzig geworden, so hätte der Auserwählte ihrer Partien Wilson um über eine Million Stimmen geschlagen.

Sollte diesmal der republikanische Kandidat gegen Wilson wiederum unterliegen, so hätten Angesichts des republikanischen Stimmenresultats von 1912 zahlreiche Wähler Roosevelts zu Wilson abzuwenden müssen, aber dazu hat der vorjährige Wahlkampf keinen Anlaß gegeben; Roosevelt warf sich außerdem diesmal zum energichsten Gegner des republikanischen Kandidaten auf.

Wie die Arbeiter und die Deutschamerikaner gestimmt haben, werden erst die nächsten Tage zeigen können.

## Starke Wahlbeteiligung.

† New York, 7. November. Neuter. Das heitere kalte Winterwetter, das im ganzen Land herrscht, und das sehr große Interesse, das der Präsidentschaftswahl entgegengebracht wird, hatten zur Folge, daß eine ungewöhnlich große Zahl von Stimmen abgegeben wurde. Dazu kam noch, daß viele Millionen Frauen in den zwölf Staaten des Westens, wo sie das Wahlrecht haben, gestimmt haben.

## Englische Darstellung des neuen Baralongfalles.

† London, 6. November. Die Admiralität gibt folgendes bekannt: Die deutsche Besatzungskapital aus einer Erzählung zu schließen, die sie als zweiten Baralongfall bezeichnet. Am 24. September 1915 war im westlichen Teile des Kanals U 41 damit beschäftigt, ein englisches Handelsschiff zu versenken. Während es dies tat, näherte sich ein zum Hilfschiff der Flotte umgewandeltes und ausgerüsteter Handelsdampfer dem U-Boot und dem sinkenden Handelsschiff. Sein Charakter wurde nicht sogleich erkannt. Damit Handelsschiff nicht untertauche, bevor der Hilfschiff in Schußweite war, hießte dieser eine neutrale Flagge: eine vollkommen legitime Kriegsfahrt. Als er in Schußweite war, hießte er einen eigenen Winkelp, wie es dem allen englischen Kriegsschiffen verlangt wird. Er feuerte auf das U-Boot und versenkte es. Die unmittelbare Ursache des Kommandanten war, die Mannschafft des durch das U-Boot versenkten englischen Handelsschiffes zu retten, die gezwungen war, so schnell wie möglich nach dem U-Boot zu gehen. Als dies getan war, näherte sich das Hilfschiff einem in das U-Boot des gesunkenen Dampfers, das zertrümmert trieb und in das zwei U-Boote von der Mannschafft des U-Bootes getrieben waren. Diese wurden getötet. Der Gebrauch einer neutralen Flagge, um sich auf Schußweite dem Feinde zu nähern, ist ein am ehesten Verfahren des Seerrieges und von den Deutschen selbst in diesem Kriege oft angewandt worden. Die U-Boote von Welcher hat sich diese Opfer nicht auf diese Weise geschick. Es ist schwer zu glauben, daß irgendjemand außer einem Deutschen auf diese Weise eine Aufgabe der Neutralität gründen würde, weil zuerst englische und nicht deutsche U-Boote innerhalb weniger Minuten getötet wurden. Die Behauptung, daß die Admiralität Befehl gegeben hätte,

## Starke französische Vorstöße bei Ablaincourt. Der Erfolg bei Spini.

(W. Z. B.) Westlich. Großes Hauptquartier, den 8. November.

### Westlicher Kriegsschauplatz:

Geeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Rüdlich der Somme ging tagtäglich die Geschützigkeit über mächtige Grenzen nicht hinaus. Rüdliche englische Angriffe zwischen Le Sars und Quebecourt schloßerten in unserem Feuer. Südlich der Somme griffen die Franzosen betriebslos von Ablaincourt an. Unsere in dem Südteil von Ablaincourt vorgeschobenen Abteilungen wurden zurückgedrängt, das Dorf Veffroire ging verloren; auf dem Nordflügel des Angriffes wurde der Feind zurückgeschlagen.

### Geeresgruppe Kronprinz:

Lebhafte Artilleriekämpfe im Ross-Gebiete.

### Westlicher Kriegsschauplatz:

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern: Nichts Neues.

Front des Generals der Kavallerie Grafen von

Karl: Der Loignon-Abchnitt war auch gestern der Schauplatz lebhafter Kämpfe. Der Gegner erlangte weitere kleine Vorteile. Vorwärts des Bedja-Passes sind den Rumänen in den letzten Tagen gewonnene Teile unserer Stellungen wieder entzogen; am Tatar-Pass-Passe sind feindliche Angriffe abgelehnt. Der Erfolg in der Gegend von Spini konnte weiter ausgenutzt werden; die Besatzungszahl erhöhte sich.

### Balkan-Kriegsschauplatz:

Geeresgruppe des Generalfeldmarschalls

v. Radenski:

Keine besonderen Ereignisse.

Wazedanische Front:

Feindliche Angriffe im Gerna-Wagen blieben erfolglos. Neue Artilleriekämpfe an der Belonica- und Struma-Front.

Der erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

daß Ueberlebende von in Rot beschrifteten deutschen U-Booten nicht getötet werden sollen, ist unbedingte Forderung und wurde ausdrücklich in der Note der englischen Regierung über den Baralongfall vom 25. Februar 1915.

Dieser wird und von zuständigen Stellen gezeichnet: Die englische Admiralität bestreitet von allen deutschseits mitgeteilten Tatsachen nur eine einzige. Sie behauptet, daß das englische Kriegsschiff das deutsche U-Boot nicht bei wachsender amerikanischer Flagge, sondern unter englischer Flagge beschossen und versenkt habe. Abgesehen hieron behauptet also die englische Admiralität den deutschen Bericht Punkt für Punkt durch bereits Schwächen. Damit ist unbestritten festgestellt: Das Boot mit den beiden Ueberlebenden ist absichtlich von dem englischen Kriegsschiff überfallen worden, um so die letzten Neuzugänge hinzuzufügen. Die beiden Ueberlebenden wurden, als dies nicht gelungen war, erbornungslos und ohne Hilfeleistung für den Schwerverwundeten in einen kleinen kaffingartigen Versteck eingeschleppt. Dem Schwerverwundeten hat man mit noch offenen Wunden ins Gefängnis geworfen. Alles hat man getan, um ihn an seinen Wunden sterben zu lassen. Seine Auslieferung nach der Schweiz hat man trotz der Verantwortung durch die Schweizerische Regierung verweigert. Man hat alle Versuche des Verhandeltens abgelehnt, über die amerikanische Postschiff in London an die deutsche Regierung zu berichten. Nichts dieser nahezu vollen Befähigung des deutschen Berichtes kann die englische Admiralität nicht verlangen, daß man dem deutschen Bericht in dem einen Punkte, den die Admiralität als falsch hinzugefügt, den Versuch, den U-Booten verhaftet. Es war schmerzhaft zu erwarten, daß der Mißbrauch der amerikanischen Flagge zu einer der grauenvollsten Taten der Seerriegeschichte von der englischen Admiralität nicht zugegeben werden würde. Trotzdem bleibt der deutsche Bericht auch in diesem Punkte wahr. Dieser neue Baralongfall bestätigt erneut, daß ein Befehl der Admiralität besteht, nach dem Ueberlebende deutscher U-Boote nicht getötet zu werden brauchen. Die englische Note vom 25. Februar 1915 hat dies nicht widerlegt, sondern nur bestritten. Aber auch diese Bestreitung ist nur englischer Heuchelei möglich.

## Polnische Wirtschaftfragen.

ah. Der Sondergerichtsrat des Berliner Tageblatts Erich Dombrowski schildert die Stimmung in den ländlichen Gebieten Polens, wonach sich in manchen Bezirken, auffallenderweise besonders in der Nähe der preussischen Grenze, eine gewisse Vorliebe für die Russen erhalten habe. Hier werden die Mittelstände energisch entzogen müssen. Sie dürfen sich nicht auf die katholische Geistlichkeit verlassen, von der man annehmen darf, daß sie mit der Neuordnung der Dinge einverstanden ist. Die Mittelstände müssen dem Bauer auf dem Boden, den die Russen von allen persönlichen Lasten frei gemacht haben, ein menschenwürdiges Leben sichern. Die große Gefahr besteht, daß einige polnische Adlige engen Anschluß an die deutsche Verwaltung suchen werden, um die Beschlüsse zum Gunsten des Bauern nach rückwärts zu revidieren, und jede Militärverwaltung ist von der Verjudung bedroht, die politische und soziale Gewalt in die Hände von Volksschichten zu spielen, für die man einen besonderen Ausdruck geprägt hat: governing classes, regierende Klassen, die durch Erziehung und Gewohnheit zur Leitung öffentlicher Angelegenheiten bestimmt sind. Nun, die polnische Adelsrepublik erinnert an die — polnische Wirtschaft. Discite moniti! (Lernt, ihr seid gewarnt!)

Die moralische Eroberung des polnischen Bauern ist ein wirtschaftlicher Akt. Sie vollzieht sich durch landwirtschaftliche Genossenschaften und Schulen. Gemäß Schwierigkeiten bleiben zu überwinden, und der wäre auf dem Holzwege, der von einer geordneten Verwaltung glaubte, daß sie eitel Begeisterung auslöst. Finden sich doch in jedem Staate Leute, deren Wohlstand desto größer ist, auf je niedrigerem moralischen Niveau sich die Führung der öffentlichen Angelegenheiten bewegt. Aber diese Hindernisse müssen aus dem Wege geräumt werden. Und dann wird sich die ländliche Bevölkerung aufspalten und von den

Folgen des Krieges erholen. Man unterschätze nicht die Bildungseifer und den wirtschaftlichen Betätigungsdrang der Völker, deren Kulturformen noch tief unter den wirrigen schieben. Die Zahl der Genossenschaften hat sich in Russland in den letzten Jahren mit erschreckender Schnelligkeit vermehrt. Aus Kongreßpolen kamen Schüler in die landwirtschaftlichen Schulen Oesterreichs. Die landwirtschaftliche Kultur ist höher als in Galizien, wo der Adel noch eine unerquicklich große Rolle spielt. Ein Heftler des landwirtschaftlichen Bodens gibt in Westergentern

	in Galizien	in Kongreßpolen	in Polen	in Deutschland
Weizen	10,7	12,2	19,5	18,8—20
Roggen	8,8	10,0	16,5	15,1—20
Kartoffeln	108,0	123,1	118,5	132,6—200

Die Landwirtschaft steht also in Galizien auf erheblich niedrigerer Stufe als in Kongreßpolen, wo relativ sehr schöne Resultate erzielt worden sind. Zwei Hoffnungen, die ziemlich allgemein sind, werden sich aber nicht erfüllen: erstens, daß Polen deutsche Ansiedler aufnimmt, zweitens, daß es das Defizit in unserer Selbstversorgung mit Lebensmitteln deckt. In Polen ist für eine Massenimmigration deutscher Bauern kein Raum — es können höchstens vereinzelte Familien angelegt werden; denn das Land ist mit 105 Gehöften auf das Quadratkilometer fast so dicht besiedelt wie Deutschland (115) und erheblich dichter als Frankreich oder Oesterreich-Ungarn. Diese große Bevölkerung in Verbindung mit dem Umstande, daß die Leistung der landwirtschaftlichen Produktion lange Jahre braucht, läßt es als unmahrscheinlich erscheinen, daß Polen nach Deutschland Getreide und Vieh in großen Mengen ausführt. Bisher war es in seinem Getreideverkehr mit Innerrussland passiv, das heißt, es hatte einen Schlichtertrag zu decken.

Die Lösung der agrarischen Fragen ist verhältnismäßig leicht. Viel schwerer sind die Probleme, die die Industrie stellt. In Lodz ist eine leistungsfähige Textilindustrie in wenigen Jahrzehnten nach amerikanischem Maßstabe groß geworden. In Warschau hat sich eine respektable Metall- und Maschinenindustrie entwickelt, in die Gegend von Sosnowice reicht das ober-schlesische Kohlen- und Industriegebiet herein. Bisher haben die meisten dieser Anlagen geruht. Nach in der letzten Generalversammlung der Vereinigten Königs- und Laurahütte bemerkte der Generaldirektor Hilger, daß die polnischen Anlagen noch nicht wieder in Betrieb gesetzt sind und auch nicht würden, es müßten denn außergewöhnliche Ereignisse eintreten. Bielefeld hält der Vorstand die Proklamtion der Selbstständigkeit Polens für ein solches außergewöhnliches Ereignis. Natürlicher wäre es, wenn gerade die ober-schlesischen Hüttenwerke für das Meer bis an die äußerste Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt und können für den privaten Verbrauch überhaupt nicht mehr liefern. Eine Entlastung durch die polnischen Werke wäre also sehr willkommen zu heißen und würde ein Segen für die polnische Bevölkerung werden. Aber nach dem Kriege wird die polnische Industrie mit der deutschen in Wettbewerb treten und es ist nicht unwahrscheinlich, daß, selbst wenn zwischen Polen und Deutschland Jölle bestehen, doch aus dieser Rivalität sich ernste Schwierigkeiten ergeben, genau so wie nach dem Deutsch-französischen Kriege die Angleichung Elbeh-Lothringens mit seiner entwickelten Textilindustrie sowohl im übrigen Deutschland wie im Elsaß selbst eine schwere Krise für die Spinnereien und Webereien hervorrief. Damit verknüpfen sich aber ernste Sorgen der Arbeiter, die von einer Krise in Polen nicht nur eine unangenehme Rückwirkung auf die deutsche Industrie zu befürchten haben, sondern die auch bei engerer politischer und wirtschaftlicher Verbindung mit Polen mit einem erhöhten Zugzuge von bedürftigen Arbeitern zu rechnen haben, die sich als Lohnrücker verwenden lassen. Damit stehen wir auf die größte wirtschaftliche Schwierigkeit, die sich aus der Abtrennung Polens von Russland ergibt: Die polnische Industrie ist, gestützt auf den russischen Markt und